

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 36 (2017)
Heft: 69

Artikel: Solidarität als politische Option für die Soziale Arbeit
Autor: Hartmann, Sibille
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-780994>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sibille Hartmann

Solidarität als politische Option für die Soziale Arbeit

Im Kapitalismus des 19. Jahrhunderts taucht gleichsam mit der Industrie und dem Elend die «soziale Frage» auf: Sie bezeichnet die Infragestellung gesellschaftlicher Verhältnisse. Einerseits kann sie als «Klassenfrage» und linker Kampfbegriff sozialdemokratischer und sozialistischer Politik respektive der ArbeiterInnenbewegung verstanden werden. Andererseits stellen die Antworten des 20. Jahrhunderts auf die soziale Frage eine historische Kompromissformel dar. Die wirtschaftliche, politische und wissenschaftliche Bearbeitung der sozialen Frage führte zur Entstehung des Sozialstaats und zur Institutionalisierung von Sozialversicherungen und sozialer Hilfen (Epple/Schär 2010). Die aufgrund der Verelendung der arbeitenden Bevölkerung (Proletarisierung und Pauperismus) entstandenen sozialen Unruhen trugen die Forderung der ArbeiterInnenbewegung nach einer sozialistischen Revolution in sich. Stattdessen wurde zur Milderung des unmittelbaren Leids bzw. zur Existenzsicherung der Arbeitenden ein reformistischer Weg eingeschlagen.

Die damals entstandenen Institutionen setzten sich als bürgerliche Antworten auf das Elend der arbeitenden Klasse und deren Aufbegehren durch. Die Verantwortung für die soziale Sicherheit wurde in letzter Instanz dem Staat übertragen. Noch im 19. Jahrhundert war die soziale Sicherheit prekär und abgesehen von der Armenfürsorge zu einem grossen Teil von privaten und kirchlichen Verbänden und Hilfswerken getragen. Aufgrund der in der Schweiz geltenden Maxime der Subsidiarität, welche Selbsthilfe bzw. private Hilfe vor staatliche Hilfe stellt, halten privat getragene Organisationen ihre Bedeutung bis heute aufrecht. Frühe Beispiele der staatlichen Hilfe in der Schweiz sind die Militärversicherung (1901), die Unfallversicherung (1918) und die Unterstützung von Arbeitslosenkassen (1924). Auf Druck der

ArbeiterInnenbewegung wurden des Weiteren das Fabrikgesetz und der Arbeiterschutz modernisiert sowie Tarifverträge erlassen. Es bleibt festzuhalten, dass im Zuge des beschriebenen Wandels ein erheblicher Teil der «gegenseitigen Hilfe», ein seit jeher zentrales Mittel menschlichen Fortschritts (Kropotkin 1908), in den staatlichen Aufgabenbereich integriert wurde.

Oberflächlich betrachtet scheint die selbstorganisierte, befreiende Weiterentwicklung der gegenseitigen Hilfe ein Stück weit obsolet geworden zu sein. Heute agiert unter anderem die Soziale Arbeit in Gestalt einer institutionalisierten Solidarität. Sie vermittelt zwischen den gesellschaftlichen Klassen und schafft auf niedrigem Niveau Ausgleich. Insofern sind die soziale Sicherheit und als Teil davon die Soziale Arbeit in ihrem Entstehen eng an die soziale Frage gekoppelt. Soziale Arbeit ist konstitutiv innerhalb herrschender kapitalistischer Verhältnisse verankert und erhält diese aufrecht. Diese historische Ausgangslage führt dazu, dass das sozialarbeiterische Handeln die Funktion innehat, den gesellschaftlichen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zu verschleiern. Der vorliegende Essay befasst sich mit der Frage, welche politisch fortschrittliche Perspektive sich aus diesem für die Soziale Arbeit konstitutiven Dilemma dennoch entwickeln lässt.

Mit dieser Einleitung sei betont, dass die nachfolgende Auseinandersetzung vom Standpunkt der institutionalisierten Sozialen Arbeit her primär fachliche und reformistische Implikationen entfaltet. Es wäre zynisch, der institutionalisierten Sozialen Arbeit ein revolutionäres Potenzial zuzuschreiben. Doch sind Sozialarbeitende selbstverständlich nicht lediglich berufstätige Menschen, sondern auch Teil der Zivilgesellschaft – dadurch eröffnen sich Perspektiven.

Als verbindendes und tragfähiges Element zwischen fortschrittlich politischer Praxis und Sozialer Arbeit wird nachfolgend eine Praxis der Solidarität zur Disposition gestellt. Der Begriff «fortschrittlich» bezieht sich im Weiteren auf Theorie- und Handlungsansätze, die mittels Kritik und solidarischer Praxis die Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung fordern respektive eine alternative Gesellschaftsordnung anstreben, in der eine Qualität menschlichen Daseins jenseits von Leid, Unterdrückung, Ausbeutung, Diskriminierung und Ausgrenzung verwirklicht ist.

Die in der Folge leitende These lautet, dass sich Solidarität als politische Option für eine gesellschafts- wie auch selbstkritische, emanzipatorische Soziale Arbeit anbietet. Ergänzend prägt die Annahme, dass sich die politische Einstellung von Sozialarbeitenden unweigerlich auf ihre alltägliche Berufspraxis auswirkt.

Zum Umbau der Sozialen Arbeit

Die aktuelle Ausgangslage der Sozialen Arbeit in der Schweiz lässt sich wie folgt umreissen: Gemeinden, Kantone wie auch der Bund fahren aufgrund der permanenten ökonomischen Krise einen Kurs der Sparpolitik. Vor diesem Hintergrund wirken seit der Jahrtausendwende zwei sich widersprechende und zugleich ergänzende Transformationen. Einerseits betreffen die Sparmassnahmen insbesondere öffentliche bzw. soziale Dienstleistungen, was als «Sozialabbau» zu identifizieren ist. Andererseits wird die «aktivierende Sozialpolitik» umgesetzt. Im Zuge des Sozialabbaus werden finanzielle Ressourcen gekürzt, soziale Dienstleistungen privatisiert und manchmal gar gewinnbringend reorganisiert. Stellenabbau führt neben Leistungskürzung zur Intensivierung der Arbeit für verbleibende Angestellte. Die Ökonomisierung, die mit verminderten Ressourcen, einer Zunahme des administrativen Aufwands sowie erhöhtem Zeit- und Leistungsdruck verbunden ist, betrifft auch die Soziale Arbeit (Buestrich u. a. 2010). Gleichzeitig vollzieht sich ein permanenter Kampf unter Sozialversicherungen, die via Volksabstimmungen reformiert und deren Leistungen gekürzt werden. Von Leistungsbeziehenden wird restriktiv verlangt, ihre Bezugsberechtigung ständig unter Beweis zu stellen. Hinzu kommt der Standortwettbewerb unter den Gemeinden. Dieser kann dazu führen, dass sich Gemeinden keine Sozialhilfe beziehenden EinwohnerInnen leisten wollen, weil sie darauf bedacht sind, die Steuersätze (für Vermögende) tief zu halten. Setzt eine öffentliche Problemmatisierung der Sozialhilfekosten ein, werden Bezugsberechtigte stigmatisiert und ggf. indirekt zum Umzug in andere Gemeinden gezwungen.

Subtiler verhält es sich mit der «Neuordnung des Sozialen» durch die aktivierende Sozialpolitik (Lessenich 2007). Im Zuge dieser Transformation verwandelt sich der Sozialstaat in einen Präventionsstaat, der seine Sinnstiftung aus dem Rekurs auf die bestehende Norm und Ordnung bezieht. Seit der Jahrtausendwende hält die Losung «Fördern und Fordern», eine vermeintlich zukunftsweisende Formel der Sozialdemokratie, die Menschen dazu an, von klein auf bis ins Alter aktiv und produktiv sowie bezüglich Risiken vorsorgend zu sein, und zwar im Sinne des Gemeinwohls. «Frühförderung», «Früherkennung» und «Prävention» sowie «lebenslanges Lernen» im Modus der «Ich-AG» sind Konzepte, die der aktivierende Sozialstaat vorantreibt. Zwei Menschentypen werden unterschieden. In die volkswirtschaftlich attraktivere Gruppe – beispielsweise Kinder, Jugendliche und Frauen – «investiert» der Staat. Die andere Gruppe muss gemäss dem Paradigma «aktiviert» werden: beispielsweise Menschen in (Langzeit-)Erwerbslosigkeit, IV-Beziehende, Menschen im Rentenalter und bei entsprechender Aufenthaltsbewilligung auch geflüchtete Menschen. Der aktivierende Zugriff auf Menschen geschieht sowohl gesetzlich-institutionell wie auch durch die ideologische Überbetonung von zivilgesellschaftli-

chem Engagement. Nehmen Menschen ihr Recht auf sozialstaatliche Leistungen wahr, müssen sie im Gegenzug den Forderungen nachkommen, die der aktivierende Sozialstaat an sie stellt. In der Folge dieser Transformation sind in den letzten zwanzig Jahren diverse Programme entstanden, die diese Aktivierung organisieren. Im Zusammenspiel mit den Anforderungen der Ökonomisierung sozialer Dienste wurde eine andauernde, rückschrittliche Entwicklung mancher sozialarbeiterischen Praxen angestoßen. Unter Spardruck muss der Service Public rasch und effizient geschehen und die programmatisch intendierte Wirkung erzielen. Dass aktivierende Programme – insbesondere im Bereich der Erwerbslosigkeit – ihr Ziel verfehlen, ist empirisch bewiesen (Schallberger/Wyer 2010). Dennoch arbeitet die Soziale Arbeit weiter engagiert darauf hin, Menschen produktiv zu machen. Es wird ein Abbau emanzipatorischer und parallel dazu ein Aufbau repressiver Sozialer Arbeit vorgenommen.

Obwohl die Organisation der Aktivierung Arbeitsplätze bereitstellt, sollten Sozialarbeitende rückschrittliche Tendenzen und Politiken antizipieren und abwenden. Stattdessen verstärken Sozialarbeitende diese Tendenzen oft methodisch. Die Soziale Arbeit reagiert nicht selten mit vorausseilendem Gehorsam unkritisch innovationsbestrebt auf sozialstaatliche Vorgaben, Einschränkungen und Rahmenbedingungen. Das muss nicht so sein.

Reformulierung des Solidaritätsbegriffs

Eine ernst zu nehmende Politik der Solidarität hinterfragt scheinbare Sachzwänge und zielt auf die gesellschaftliche Umverteilung von Kapital von oben nach unten. Der Frage und dem verbreiteten Bedürfnis nach einer gemeinsamen Identität und einem Wir sollte die Soziale Arbeit mit der Frage «Solidarität mit wem und mit wem (eher) nicht?» begegnen – und zwar vor dem Hintergrund einer internationalen Klassenperspektive. Rechte politische Gruppierungen und machtvollen Akteure der parlamentarischen Politik propagieren die Idee einer nationalen Solidarität in diesen Tagen wieder verstärkt. Dementgegen ist die Aufmerksamkeit auf das Kapital zu richten, das sich zu Unrecht innerhalb einer besitzenden Klasse konzentriert. Mechanismen der politischen Ökonomie führen zur Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, indem sie das Kapital in den Händen weniger konzentrieren, während auf der anderen Seite Armut und Ausgrenzung verstärkt wird. Die Schwierigkeit besteht darin, dass repressive, rassistische, diskriminierende und ausschliessende Politik vordergründig fassbare Lösungen gesellschaftlicher Herausforderungen sowie Handlungsfähigkeit innerhalb nationalstaatlicher Grenzen suggeriert. Internationale Soli-

darität erscheint hiergegen zunächst als vielleicht zu abstrakte Grösse. Nicht weniger abstrakt, aber ausschlaggebend ist es, die Kategorie der Klasse in den Blick zu nehmen. Es ist an der Zeit, dass der Solidaritätsbegriff aus einer linker Perspektive so reformuliert wird, dass er sich am Klassenbewusstsein respektive an der Aufhebung gesellschaftlicher Klassen und Hierarchien orientiert. Mit Rekurs auf die sozioökonomische Struktur kann dargelegt werden, dass die gesellschaftliche Unterdrückung von Machtverhältnissen und der ungerechten Verteilung des Privateigentums ausgeht. So wird der Unterschied zum rechten Nationalismus und Neoliberalismus deutlich, der Menschen aufgrund bestimmter sozioökonomischer Kriterien marginalisiert. Die Koexistenz eines erstarkenden rassistischen Nationalismus mit dem bereits dominierenden Neoliberalismus und dessen Ideologien trägt dazu bei, gesellschaftlich benachteiligte Menschengruppen zu spalten und den gesellschaftlichen Kampf um Ressourcen unter ihnen zu schüren. Dies geschieht, ohne dass jene Akteure und Unternehmen, die über Ressourcen im Überfluss verfügen, ihrer Bedeutung entsprechend permanent in den Konflikt involviert werden. Die Beherrschten müssen erkennen, dass nicht die horizontale Umverteilung innerhalb der «besitzlosen» und kapitalistisch ausgebeuteten Mehrheit, sondern die vertikale, institutionell solidarische Umverteilung zulasten der «besitzenden» Minderheit notwendig ist. Wenn Menschen erkennen, dass die herrschende Unterdrückung ungerecht, aber potenziell überwindbar ist, setzen sie sich eher dagegen zur Wehr (Moore 1987). Unterdrückung findet sich in jeglichen sozialen Beziehungen und Abhängigkeiten, in grossen wie auch in kleinen gesellschaftlichen Zusammenhängen. Widerstand dagegen kann durch Solidarität gestärkt werden. Aus diesem Verständnis speist sich die Idee, dass Solidarität eine plausible politische Option für die Soziale Arbeit darstellt.

Zur Bedeutung der (Aus-)Bildung

Die neoliberale Ökonomisierung bestimmt auch Rahmenbedingungen von Bildungsinstitutionen und zwangsläufig deren Inhalte (Hirschfeld 2015, 185–194). Gerade deshalb ist bewusst ein emanzipatorischer Bildungsprozess einzuleiten, um eine fortschrittliche Soziale Arbeit zu verwirklichen. Ausbildungs- und Studiengänge der Sozialen Arbeit sollten dazu befähigen, kritische Analysen von Gesellschaft und Sozialer Arbeit vorzunehmen. Sie sollten auf eine solidarische Praxis vorbereiten. Das Prinzip der «Erweiterung von Handlungsspielräumen und Vervielfältigung von Handlungsoptionen» leitet die Arbeit mit AdressatInnen/KlientInnen. Darüber hinaus bietet es sich als umfassendes Bildungs- und Handlungsprinzip an.

Selbstkritik und Gesellschaftskritik mit Aktualitätsbezug sowie historisch-politisches Bewusstsein müssten die Inhalte des Curriculums eines Studiengangs anregen. So sollte etwa Wissen zur eingangs erwähnten Geschichte Sozialer Arbeit vermittelt werden: Als analytische Kategorie kann die soziale Frage auch die zeitdiagnostische Auseinandersetzung prägen. Die soziale Frage als historischer Quellenbegriff verweist darauf, bestehende Strukturen, Rahmenbedingungen und Praxen auf das Handeln gesellschaftlicher Akteure zurückzuführen und sich selbst, wie alle Menschen, als handlungsfähige und potenziell wirkmächtige Akteure zu verstehen. Eine entsprechende (Aus-)Bildung ermutigt dazu, Widerrede und Widerstand als Handlungsoptionen gegenüber Ausbildungsinstitutionen, Arbeitgebenden und anderen gesellschaftlichen Akteuren/Instanzen anzuerkennen und zu praktizieren. Sie hebt den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital als Begründungszusammenhang solidarischen Handelns hervor und regt dazu an, die Verschleierung von Ungerechtigkeit und bestehenden Machtverhältnissen aufzudecken und die Soziale Arbeit selbst als Teil dieser Verhältnisse zu reflektieren. Wenn Menschen hingegen im Modus unkritischer Gelehrsamkeit lernen, ordnen sie Tatsachen lediglich in den herrschenden Interpretationsrahmen ein. Nicht etwa Neutralität zur Geschichte und Gegenwart ist angebracht, sondern eine politische Form von Lehren und Lernen, die es versteht, in entgegengesetzter Richtung zu denken (Marcuse 1967). Bei einer solidarischen Haltung handelt es sich keineswegs um die angenehmste fachlich-politische Option. Sie verlangt radikale (Selbst-)Kritik, die sich gegen sozialarbeiterische Praxen und Rahmenbedingungen wenden kann. Um an einem Beispiel konkret zu werden: Engagieren sich Sozialarbeitende in Verwaltungseinheiten wie der SIP (Sicherheit, Intervention und Prävention) Zürich, die aufsuchende Sozialarbeit mit ordnungsdienstlichen Aufgaben verschränkt, ist der Anspruch der Solidarität nicht eingelöst. Die Soziale Arbeit hat Aufträge und Ansprüche zurückzuweisen, wenn sich diese konträr zu einem emanzipatorischen Selbstverständnis verhalten.

Vertikale und horizontale Solidarität

Die Soziale Arbeit bzw. Sozialarbeitende müssen sich fragen, wo sie sich angesichts ungleicher Kräfteverhältnisse in der ungerechten Gesellschaft positionieren wollen. Es besteht die Option, gegen die Manie der neoliberalen, regressiven Eigenverantwortung und der Individualisierung sozialer Probleme anzugehen und der Diskriminierung von Einzelnen und sozialen Gruppen entgegenzuwirken. Sozialarbeitende agieren nahe am Alltag problem-betroffener Menschen, die ihr lebensweltliches Wissen mit ihnen teilen. Im

Zusammenhang mit der sozialen Frage ist dieses Wissen zentral. Auch stehen Sozialarbeitende in Kontakt mit unterschiedlichsten Akteuren aus Verwaltung, Politik und diversen Institutionen, verfügen also über relevantes strukturelles Wissen und Einflussmöglichkeiten. Im Austausch und in der Zusammenarbeit mit diesen Akteuren können Sozialarbeitende kritische (Problem-)Analysen beitragen und gegen Stigmatisierung, repressive Individualisierung und Rassismus vorgehen. Das geschieht, wenn möglich, im Bündnis mit anderen Akteuren, die an internationaler sozialer Gerechtigkeit interessiert sind. Im Weiteren findet eine solidarische Soziale Arbeit eine Aufgabe darin, die Organisation der AdressatInnen zu unterstützen und zur Vernetzung von Menschen mit ähnlichen Anliegen und Interessen beizutragen. Bewegungen der Kollektivierung, aber auch der Individualisierung wären jeweils situations- und kontextspezifisch zu analysieren, gemeinsam mit AdressatInnen/KlientInnen und weiteren involvierten Akteuren. Passende Arbeitsprinzipien oder Analysekatégorien im Kontext sozialer Beziehungen wären «Ermächtigung» und «Befreiung». Das bereits fachlich verbreitete Ziel der «Erweiterung von Handlungsspielräumen», in der emanzipatorischen Lesart gesellschaftlicher Teilhabe, ist umfassend umzusetzen. Unter gerechtigkeits-theoretischem Bezug bleibt dabei die Anerkennung der Subjektivität des menschlichen Lebens ein unumstößlicher Grundsatz (Dewe/Otto 2012, 204; Heite 2009).

Auch Solidarität ist in diesem Sinne konsequent in sämtlichen Handlungssituationen als leitendes Arbeitsprinzip der Sozialen Arbeit zu verwirklichen. Die Reformulierung respektive Revitalisierung der Solidarität verlangt, Räume der Kritik auch jenseits institutioneller und undemokratischer Strukturen zu entfalten. Die Begegnung mit unterschiedlichen Menschen in einem solchen Rahmen regt in besonderem Masse dazu an, Deutungen und Analysen vorherrschender Normen und Verhältnisse kritisch vorzunehmen und zu diskutieren. Ausgehend davon können Handlungsperspektiven und -alternativen entworfen und umgesetzt werden. So betrachtet wird eine solidarische und tragfähige Kollektivität erzeugt, die durchaus gegen den repressiven gesellschaftlichen Status quo angehen kann. Wobei anhand der bisherigen Ausführungen klar wird, dass damit keine Kollektivität gemeint ist, die die Individualität des Menschen negiert.

Eine solidarische Soziale Arbeit basiert primär auf dem Motiv einer vertikalen Solidarität von Sozialarbeitenden zu marginalisierten Menschen. Als vertikal ist die Beziehung deshalb zu bezeichnen, weil eine Machtasymmetrie von Sozialarbeitenden zu KlientInnen in der Regel konstitutiv ist und nicht verschleiert werden sollte. Will die Soziale Arbeit emanzipatorisch wirken, ist sie auf entsprechend ermöglichende Bedingungen angewiesen. Bezogen auf den eigenen Berufsstand ist deshalb eine horizontale Solidarität zwischen Sozialarbeitenden, die sich organisieren und für fort-

schrittliche Arbeitsbedingungen, Aufträge, Fachdiskurse, Praxen und Ressourcen kämpfen, ebenfalls zielführend. Die Soziale Arbeit prägt ihre Bedingungen stets mit, sei es reproduzierend oder verändernd. Von einer «Entpolitisierung» Sozialer Arbeit kann also nie die Rede sein. Widerstand wie auch Unterordnung, Aktion wie auch Reaktion sind letztlich politisch. Mögen sie teilweise auch sehr eng erscheinen, existieren in fast allen Kontexten gewisse Handlungsspielräume, die es zu entdecken, zu nutzen und wenn möglich zu erweitern gilt. Idealerweise geschieht dies, indem die Antizipation möglicher Konsequenzen bereits in die Entscheidungsfindung einbezogen wird.

Zivilgesellschaftliche Organisationen kritischer Sozialer Arbeit

Es ist offensichtlich, dass diese Haltung Konfliktbereitschaft erfordert. Die Selbstorganisation der Sozialarbeitenden, die gerade nicht auf berufsständischen Interessen beruht, ist daher äusserst relevant. Nur die zivilgesellschaftliche Sphäre birgt die Möglichkeit einer Solidarität, welche die institutionelle Determinierung ein Stück weit überwindet. Sozialarbeitende könnten sich beispielsweise vermehrt an den Handlungsweisen fortschrittlicher sozialer Bewegungen orientieren und beteiligen (Maurer 2006). Auch kleinere Bewegungen mit explizitem Bezug zur Sozialen Arbeit sind hierfür interessant: In Deutschland und in Österreich existieren Arbeitskreise kritische Soziale Arbeit (AKS), in der Schweiz ähnlich agierende, offene Zusammenschlüsse, die unter der Bezeichnung KRISO (Forum für kritische Soziale Arbeit) bekannt sind. Anders als institutionell eingebundene Mitwirkungsgremien führen diese über das Angestelltenverhältnis hinaus, was unabhängige Perspektiven und Positionen in Diskurs und Praxis zulässt. Zusammenschlüsse und Bewegungen wie KRISO und AKS unterstützen die Entwicklung einer solidarischen Sozialen Arbeit. Die oben skizzierten gesellschaftlichen und fachlichen Entwicklungen werden durch Sozialarbeitende nicht per se als rückschrittliche Tendenzen wahrgenommen. Verspüren sie ein Unbehagen, kann dieses innerhalb von Organisationshierarchien und im z. T. hektischen Berufsalltag unterdrückt bleiben. Aufgrund intensiver Beschäftigung während des Arbeitstags werden Zeiten zur (gemeinsamen) Reflexion von Umständen und Handlungsweisen knapper. Daher sind Zusammenschlüsse wichtig, welche die Möglichkeit bieten, aus dem Arbeitsalltag herauszutreten und die eigene Praxis verpflichtungs- und handlungsentlastet zu betrachten. Das Potenzial solcher Selbstorganisation befindet sich insbesondere auf der Achse der horizontalen Solidarität, wenn sie die individuelle Befähigung von Sozialarbeitenden bezweckt, kollektiv eine fortschrittliche Soziale Arbeit voranzutreiben.

Dies dient dem Ziel, im beruflichen Handeln, in der Rolle als Sozialarbeitende eine vertikale Solidarität gegenüber AdressatInnen/KlientInnen zu pflegen. Begegnen sich unterschiedlichste Sozialarbeitende, die in diversen Arbeitsfeldern, Organisationen und Regionen tätig sind, führt der Austausch zwischen ihnen zu differenzierten Erkenntnissen. In selbstorganisierten und unvermeidbar heterogenen Gruppen bedürfen Mitwirkende kontinuierlich der gemeinsamen diskursiven und reflexiven Auseinandersetzung mit Theorie und Praxis.

Zu bedenken bleibt aber, dass auch Sozialarbeitende von der «Subjektivierung der Arbeit» betroffen sind. Die Arbeitsverhältnisse hierzulande sind zwar nicht gleichermassen prekär wie anderswo. Doch auch in der Sozialen Arbeit sind (teilweise bereits im Studium) Ideologien wie «Beschäftigungsfähigkeit» oder «Workfare» wirksam, die angenehme, flexible, weiterbildungs- und leistungsbereite und dabei dankbare Individuen (bis zum Burnout) hervorbringen. Sie führen zur Entsolidarisierung unter ArbeitskollegInnen und zur Anpassung und Loyalität gegenüber Vorgesetzten und Arbeitgebenden. So schwindet bei intensivierter Arbeit vielleicht das Bedürfnis und die Möglichkeit, sich in der Freizeit fachlichen oder politischen Herausforderungen zu widmen. Fortschrittliche gesellschaftliche und fachliche Umwälzungen erfordern jedoch Akteure, die sich dafür einsetzen, idealerweise als soziale Bewegung. Mit AKS und KRISO bestehen Strukturen, die als Ausgangspunkt einer fortschrittlichen Bewegung der Sozialen Arbeit fungieren können.

«Wer sich nicht bewegt, der spürt auch seine Fesseln nicht»

Entstehungsgeschichtlich ist die Soziale Arbeit wie eingangs dargelegt auf die soziale Frage zurückzubeziehen. Soziale Arbeit wurde auf der Grundlage eines unhaltbaren Masses an Leid und Verelendung der arbeitenden Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft staatlich institutionalisiert und wissenschaftlich «professionalisiert». Sie ist mit der gesellschaftlichen Funktion ausgestattet, die menschlichen Folgen bestehender Ungerechtigkeit ein Stück weit abzufedern. Jene Akteure, die sich einer linken Politik respektive einer kritischen Sozialen Arbeit zugehörig fühlen, könnten die soziale Frage als analytische Kategorie und Klassenfrage für die Auseinandersetzungen der Gegenwart wiederentdecken. Wird wie im vorliegenden Essay davon ausgegangen, dass die politische Haltung von Sozialarbeitenden deren Handeln entscheidend prägt, stellt Solidarität eine durchaus attraktive politische Option dar, gerade auch, da sie einen Blick auf die Spannungsfelder kritischer Sozialer Arbeit eröffnet. Deshalb sollte sie, wie auch Eppele und Schär (2015) darlegen, weiter theoretisiert wie auch konkretisiert werden.

Literatur

- Buestrich, Michael/Burmester, Monika/Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert, 2010: Die Ökonomisierung Sozialer Dienste und Sozialer Arbeit. Entwicklungen. Theoretische Grundlagen. Wirkungen. Baltmannsweiler
- Dewe, Bernd/Otto, Hans-Uwe, 2012: Reflexive Sozialpädagogik. Grundstrukturen eines neuen Typs dienstleistungsorientierten Professionshandelns. In: Thole, Werner (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit. Wiesbaden, 197–218
- Epple, Ruedi/Schär, Eva, 2010: Stifter Städte Staaten. Zur Geschichte der Armut, Selbsthilfe und Unterstützung in der Schweiz 1200–1900. Zürich
- Epple, Ruedi/Schär, Eva, 2016: Spuren einer anderen Sozialen Arbeit. Kritische und politische Sozialarbeit in der Schweiz 1900–2000. Zürich
- Heite, Catrin, 2009: Soziale Arbeit und Anerkennung. Überlegungen zu einer gerechtigkeitsorientierten Konsolidierung von Disziplin und Profession. In: Widersprüche, Heft 112, 65–71
- Hirschfeld, Uwe, 2015: Beiträge zur politischen Theorie Sozialer Arbeit. Hamburg
- Kropotkin, Peter, 1908: Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt. Leipzig
- Lessenich, Stephan, 2008: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld
- Marcuse, Herbert, 1967: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Neuweid/Berlin
- Maurer, Susanne, 2006: Kritik als Bewegung und Horizont – oder: Was kann das Projekt einer kritischen Sozialen Arbeit vom Feminismus «lernen»? In: Widersprüche, Heft 100, 195–202
- Moore, Barrington, 1987: Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand. Frankfurt am Main
- Schallberger, Peter/Wyer, Bettina, 2010: Praxis der Aktivierung. Eine Untersuchung von Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung. Konstanz

WIDERSPRUCH

unser Newsletter viermal im Jahr
➔ **widerspruch.ch/newsletter**